

Hans Katzer **Zur Erinnerung an einen rheinischen Sozialpolitiker**

Von Günter Buchstab

Am 31. Januar 1999 wäre Hans Katzer 80 Jahre alt geworden. Er ist am 18. Juli 1996 in Köln gestorben. Unter den zahlreichen Ehrungen, die der lebhafteste und lebensfrohe Kölner im Laufe seines Lebens entgegennehmen konnte, verdienen zwei, die ihm nach seinem Ausscheiden aus der aktiven Politik (1982) zuteil wurden, besonders hervorgehoben zu werden. Denn sie signalisieren das breite Spektrum der Anerkennung, das der »Sozialromantiker«, der »Unternehmerschreck«, der radikale »Linksaußen der CDU« und »schwarze Kommunist« – so seine Gegner – bzw. der kühl kalkulierende »soziale Neuerer« – so seine Freunde – erfahren hat: 1987 wurde Katzer der »Hans-Böckler-Preis« verliehen, den vor ihm schon Herbert Wehner und der Jesuitenpater Oswald von Nell-Breuning erhalten hatten. Der DGB würdigte ihn in seiner Laudatio als einen Mann, »der ein Stück deutscher Sozialgeschichte geschrieben« habe und dessen Lebenswerk »im besten Sinne für die Tradition der christlich-sozialen Bewegung und für die Zusammenarbeit der Demokraten in der Einheitsgewerkschaft« stehe. 1988 erhielt er für seine besonderen Verdienste um den inneren und sozialen Frieden und um die Partnerschaft in den Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft den »Ludger-Westrick-Preis«, den der langjährige Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium und Bundesminister unter Ludwig Erhard in Verbindung mit der Firma Honeywell gestiftet hat.

Preise und Würdigungen von seiten beider Sozialpartner stellen nicht nur die Krönung eines imposanten Lebenswerks dar, sie charakterisieren auch knapp und präzise die Position, die Katzer in seinem gesamten politischen Wirken mit Nachdruck, Leidenschaft und Energie eingenommen hat: die Position des Ausgleichs und der Balance, die von jeher die Position der christlichen Soziallehre war. Seine christlich-soziale Anschauung ist ihm gewissermaßen in die Wiege gelegt worden; er repräsentiert damit beispielhaft jenes geistige Milieu, das noch vor wenigen Jahren zu den konstanten Größen der Wahlsoziologie zählte, heute aber mehr und mehr der Auflösung verfällt.

Hans Katzer ist am 31. Januar 1919 in Köln unweit des Doms als sechstes Kind der Familie geboren worden. Sein Vater, Karl Katzer, war als böhmischer Schreiner Geselle auf der Wanderschaft in Köln geblieben

und dort zum Verbandsgeschäftsführer der katholischen Gesellenvereine, der Kolpingfamilie Deutschlands, und Redakteur des »Kolpingblattes« aufgestiegen. Nach der »Machtergreifung« der Nationalsozialisten mußte er nicht nur sein Stadtverordnetenmandat im Kölner Rat aufgeben, in den er für die Zentrumspartei eingezogen war, er verlor auch seine Stellung im Kolpingverein. Die Arbeitslosigkeit des Vaters und die Not der Familie – ein Erlebnis, das sich dem späteren Sozialpolitiker unauslöschlich eingegraben hat – zwangen Hans Katzer zum Verlassen des Realgymnasiums, das er mit der mittleren Reife abschloß; er setzte seine Ausbildung mit einer kaufmännischen Lehre und dem Besuch der höheren Fachschule für Textilindustrie in Mönchengladbach fort. Nach seiner Lehre wurde er zum Arbeitsdienst und anschließend zur Wehrmacht eingezogen. Wegen eines lebensgefährlichen Lungensteckschusses, den er im Winter 1941/42 in Rußland erhielt, lag er ein Jahr lang im Lazarett und kam danach als Leutnant und Ausbilder von Fahnenjunkern nach Metz. Nach kurzer Kriegsgefangenschaft konnte er 1945 nach Köln zurückkehren.

Als Schüler war Katzer 1929 zum Bund Neudeutschland gestoßen, dem Verband der katholischen Schüler an höheren Lehranstalten, dessen letzter Leiter in Köln er im Dritten Reich bis zur erzwungenen Auflösung (1939) war. Der Politische Katholizismus, der sich in Köln – bei aller Grundsatztreue – weniger durch Dogmatismus als durch ein hinreichendes Maß an Flexibilität charakterisieren läßt, so wie die katholische Soziallehre, auch ihre praktische Anschauung im Elternhaus, haben den geistigen und politischen Standort Hans Katzers nachhaltig geprägt. Im katholischen Milieu seiner Heimatstadt sind ihm Kenntnisse und Erfahrungen zugeflossen, auf die er sein Leben lang zurückgreifen konnte. Adolf Kolping, Carl Sonnenschein, Franz Hitze, Heinrich Brauns – dies sind die Namen, die ihm das sozialpolitische Rüstzeug für seine zukünftige Karriere vermittelt haben. In der verpflichtenden Tradition der christlichen Gewerkschafter Bernhard Letterhaus, Nikolaus Groß, Theodor Körner, die im Widerstand gegen Hitler ihr Leben ließen, und nicht zuletzt im Sinne von Jakob Kaiser, auch er untrennbar mit dem Widerstand gegen die totalitäre Anmaßung des NS-Gewaltregimes verbunden, setzte er sich beim demokratischen Neubeginn für die überkonfessionelle Volkspartei, die Christlich-Demokratische Union, und eine parteipolitisch und weltanschaulich neutrale Einheitsgewerkschaft ein. Dieses Ziel – die Überwindung der Zersplitterung im konfessionellen, politischen und gewerkschaftlichen Raum – verband ihn nach 1945 mit der Mehrheit der christlichen Arbeiter, und er blieb diesem Ziel bis zu seinem Lebensende treu: Ausgleich der sozialen Gegensätze, Gestaltung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft nach christlichen Grundsätzen.

Völlig unbelastet konnte er durch Vermittlung von Johannes Albers 1945 in die Dienste des Kölner Arbeitsamtes eintreten und von Anfang an aktiv

am sozialen Aufbau Nachkriegsdeutschlands mitwirken. Sein berufliches Engagement wurde früh belohnt: Bereits 1948 – gerade 29 Jahre alt – war er in seinem Amt zum Abteilungsleiter avanciert – zuständig für die berufliche Fortbildung oder Umschulung all jener, die durch den Krieg aus der Bahn geworfen waren, wie Schwerkriegsbeschädigte und arbeitslose ältere Angestellte – ein sozialpolitisches Feld, das ihm zeitlebens besonders am Herzen lag. Bei seiner Tätigkeit lernte er die Praktikantin Elisabeth Kaiser kennen, eine Tochter Jakob Kaisers, die er 1949 heiratete.

Auch für seine politische Karriere gab Johannes Albers, wie Katzers Vater vor 1933 Zentrumsabgeordneter, den entscheidenden Anstoß. Katzer gehört zum Gründerkreis der Kölner CDU, wurde bald Mitglied des Parteivorstandes (bis 1978), beteiligte sich am Aufbau der Sozialausschüsse, deren Vorsitz im Kölner Verband er 1948 übernahm, und engagierte sich als Mitglied der ÖTV für die Bildung und Erhaltung der Einheitsgewerkschaft.

Katzer zeigt sich in seiner glühenden Verteidigung der Einheitsgewerkschaft bestimmt von den Erfahrungen, die angesichts der nationalsozialistischen Machtübernahme zu engeren Kontakten der bis dahin zersplitterten und gegnerischen Arbeiterlager und Ende April 1933 zu Überlegungen für eine einheitliche Gewerkschaftsorganisation geführt hatten. Hierin ist er ein treuer Sachwalter Kaisers, der stets – auch nach dem massiven Einsatz des DGB für die SPD bei der Bundestagswahl 1953 – an der Idee der Einheitsgewerkschaft festgehalten hatte. Wie Kaiser forderte auch Katzer immer wieder die politische und weltanschauliche Neutralität des DGB ein. Anfeindungen scheute er nicht: Seine sozialdemokratischen Gewerkschaftskollegen leiteten wegen seiner wiederholten Warnungen vor einer »sozialdemokratischen Einseitigkeitsgewerkschaft« 1972 sogar einen Ausschlußverfahren gegen ihn ein, als ob die Verteidigung der Überparteilichkeit der Gewerkschaftsbewegung eine unanständige Sache sei. Trotz dieser Probleme blieb sich Katzer sehr wohl bewußt, daß der Einfluß der christlichen Gewerkschafter in der Geschichte der allgemeinen Arbeiterbewegung und im DGB bei weitem höher ist, als die zahlenmäßige Überrepräsentanz von SPD-Mitgliedern zunächst vermuten läßt.

Das mäßigende Element der Christlich-Sozialen in der Arbeiterbewegung hatte sich schon in den Revolutionsjahren 1918/19 in der entscheidenden Frage Diktatur des Proletariats oder demokratischer Volksstaat gezeigt; sie waren es, die energisch die Position der Demokratie vertreten hatten. Und im Widerstand gegen den Nationalsozialismus waren sie es, die maßgebend eine Veränderung der zunächst sehr konservativ-autoritären Vorstellungen Goerdelers für das Deutschland nach Hitler in demokratischer und sozialer Hinsicht herbeiführten. Nach 1945 hat das Gewicht der christlichen Gewerkschafter und der von ihnen vertretenen christlich-sozialen Programmatik zweifellos auch die klassenkämpferischen Konfliktstrategien

der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung im DGB zurückgedrängt. Es ist dieser mäßigende Einfluß der christlich-sozialen Minderheit im DGB, in dem der CDU-Politiker Katzer die Rechtfertigung seines von manchem mit Kopfschütteln begleiteten Engagements erblicken durfte – ein Einfluß, der vor allem seit den 60er Jahren etwa im Bereich der Vermögensbildung und der Lohnfortzahlung besonders spürbar wurde.

Als die Sozialausschüsse der CDA unter ihrem Vorsitzenden Kaiser 1950 einen Hauptgeschäftsführer suchten, nutzte Hans Katzer die Chance und wechselte in die Politik. Seither hat er am Adam-Stegerwald-Haus in Königswinter als seinem Wurzelgrund und Zentrum festgehalten. Dort konnte er seine gesellschaftspolitischen Vorstellungen entwickeln und vieles davon in die Tat umsetzen. In diesem Sinn konnte er als Vorsitzender der Jakob-Kaiser-Stiftung bis 1994 wirken. Als der bislang am längsten amtierende Vorsitzende der Sozialausschüsse, von 1963 bis 1977, beeinflusste er nicht nur maßgeblich deren Profil, er prägte in diesen Jahren auch die Sozialpolitik aller Bundesregierungen entscheidend mit. Wegen seiner großen Verdienste, die er sich in seinen Funktionen als Hauptgeschäftsführer und Vorsitzender um die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft erworben hatte, wurde er 1977 nach dem Verzicht auf eine erneute Kandidatur zum Ehrenvorsitzenden auf Lebenszeit mit Sitz und Stimme im Vorstand gewählt.

Seine politische Basis waren stets die CDU-Sozialausschüsse. Der Deutsche Bundestag wurde jedoch das Forum, wo der agile Kölner, dessen mitreißenden Reden das Pathos nicht fremd war, seine Sozialpolitik propagierte. Erste parlamentarische Erfahrungen hatte er zwischen 1950 und 1957 im Kölner Stadtrat gesammelt, bevor er 1957 in den Deutschen Bundestag gewählt wurde. Lange Jahre war er stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Nach der Wahlniederlage von 1972 wurde er 1973 zum »obersten Planungschef« bestellt und zum Koordinator der mittelfristig orientierten Arbeit in den wissenschaftlichen Planungsstäben von Fraktion und Partei. Als Exponent des linken Flügels kam er 1960 auch in den Bundesvorstand der CDU. Gerne wäre er nach seiner Wahl in das Europaparlament 1979 noch MdB geblieben; ein solches Doppelmandat war aber vom CDU-Präsidium, dem er selbst angehörte, ausgeschlossen worden. Er war nicht nur der Prominenteste, sondern auch der Kompetenteste, den die CDU für die erste europäische Direktwahl aufgestellt hatte. Als erster Präsident der von ihm 1977 mit ins Leben gerufenen Europäischen Union Christlich-Demokratischer Arbeitnehmer – einer Art Sozialausschüsse in Europa – hatte er schon vorher europäische Erfahrungen gesammelt, stets ein Wortführer im Rahmen der europäischen Volksparteien für sozialen Fortschritt und gegen sozialistische Gleichmacherei. Auch nach seinem Ausscheiden 1984 blickt Katzer voller Engagement auf das Zusammenwachsen der europäischen Staaten: unermüdlich fordert er zu verstärkter europäischer

Sozialpolitik auf, um den Ausbau Europas auch in sozialer Hinsicht, zur »Sozialunion«, voranzutreiben.

Diese keineswegs umfassende Skizze des an Ämtern und Funktionen so reichen Politikerlebens wäre absolut unvollständig, bliebe Hans Katzers Zeit als Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung in den Jahren 1965-1969 ausgespart. Er selbst hat diese Zeit im Rückblick stets als seine schönste bezeichnet. In der Tat erlebte er hier seine erfolgreichste Phase, nachdem er seit 1957 in der Kärnerarbeit der Ausschüsse des Bundestages auf die Verwirklichung seiner Vorstellungen hingestrebt hatte. Schon in seiner ersten Wahlperiode war es ihm gelungen, die Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion für die Eigentums- und Vermögenspolitik zu gewinnen. Das 312-Mark-Gesetz von 1961 und die Novellierung auf 624 DM von 1965 ist ohne Katzers konsequente Arbeit nicht denkbar.

Seine Anfänge im Erhardschen Kabinett waren allerdings alles andere als einfach. Kaum im Amt, saß er bereits im sogenannten »Streichquintett«, das bei enger werdendem Haushaltsrahmen konkrete Sparmaßnahmen einleiten sollte. Das Vorhaben mußte scheitern, ebenso wie der Versuch Erhards, selbst die »Streichung sozialpolitischer Übertreibungen« durchzusetzen; dabei kam es im Oktober 1966 zu einer heftigen Konfrontation mit dem neuen Arbeitsminister. Günstiger wurde die Konstellation für den »Präzeptor der schwarzroten Linken« in der Großen Koalition, weil er sich nun einer breiten Zustimmung von SPD, DGB und seiner Gefolgschaft in der Unionsfraktion sicher sein konnte. Dennoch: Lorbeeren seien kaum zu ernten, wurde ihm Anfang 1967 bedeutet, nachdem die Zeit der großen Sozialreformen mit Leistungsverbesserungen auf allen Gebieten ebenso vorbei war wie die Zeit, in der die Sozialpolitik aus dem vollen schöpfen konnte. Er selbst schrieb damals: »Vielen von unseren Freunden wird es nicht leicht sein, Gesellschaftspolitik, Sozialpolitik nicht mehr allein unter ethischen, sondern immer mehr auch unter wirtschaftspolitischen, fiskalischen, finanz- und konjunkturpolitischen Gesichtspunkten zu betrachten.« In seiner nüchternen Aufzählung ließ er die von ihm ebenfalls angestrebte enge Verbindung mit der Bildungspolitik sogar unerwähnt.

Seiner Strategie, das sozialpolitisch Wünschenswerte mit dem wirtschaftlich und finanziell Möglichen zu verbinden, war auch in schwierigen Jahren insofern Erfolg beschieden, als sich die Sozialpolitik von ihrer bis dahin eher defensiven Anlage löste. Seine Sozialpolitik ist so richtungsweisend geworden für eine moderne Gesellschaftspolitik. Zum erstenmal wurde in seiner Ministerzeit ein Sozialbudget erarbeitet, das aufgrund der vorgelegten Zahlen längerfristige Planungen in die Zukunft erlaubte. Einige der mehr als 30 zwischen 1965 und 1969 bearbeiteten und verabschiedeten Gesetze reichen über die Ära der Großen Koalition hinaus, nicht wenige sind sogar von historischer Tragweite.

So knüpfte z.B. das Gesetz über die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für Arbeiter an das Recht an, das schon in den frühen dreißiger Jahren für Angestellte geschaffen worden war. Die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten, die mit diesem Gesetz wie auch mit der Angleichung des Kündigungsschutzes der Arbeiter an den der Angestellten erreicht wurde, hat Trennmauern in der Arbeitswelt niedergerissen, die nach den Worten Katzers nicht mehr zeitgemäß waren.

Auch das Arbeitsförderungsgesetz vom Mai 1969 mit seinen Regelungen für die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik hat zukunftsweisende Bedeutung. Es ist vielen nicht mehr bewußt, daß die Nürnberger Bundesanstalt damals ihren Namen gewechselt hat – von »Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung« in »Bundesanstalt für Arbeit«, hinter der sich heute ein Dienstleistungsbetrieb gewaltigen Ausmaßes verbirgt. Ziel dieses Gesetzes und der Umbenennung, die nicht als organisatorische Maßnahme mißdeutet werden darf, war nicht nur, einen Schritt zu tun in Richtung einer »ganzheitlichen Bildungspolitik«. Was Katzer vorschwebte, war die vorbeugende Politik, durch rechtzeitige Anpassung, d.h. Unterstützung bei Schulung, Weiterbildung und Umschulung praktischer Begabungen, die Möglichkeit zu schaffen, Arbeitslosigkeit von vornherein zu verhindern oder aber zu beseitigen. Mit dem Umbau von Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung schuf Katzer ein wirksames Instrument zeitgemäßer Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik.

Als er nach 49 Monaten seinen Ministerstuhl räumen mußte, konnte er auf eine reiche Bilanz seiner Amtszeit verweisen. Er stand auf dem Höhepunkt seiner Karriere, auch wenn er eines seiner wichtigsten Ziele nicht verwirklicht hatte: die überbetriebliche Mitbestimmung. Wie sein gesamtes gesellschaftspolitisches Engagement wurzeln seine Mitbestimmungsideen im sozialpartnerschaftlichen Gedankengut der christlichen Arbeiterbewegung. Sie waren am Leitbild einer Arbeits- und Ertragsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern orientiert, aus dem sich auch die Forderung nach Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit mit dem Ziel des möglichst einvernehmlichen Ausgleichs ableiten ließ. In seiner Partei glaubte er sich manchmal schon am Ziel seiner Wünsche, doch scheiterte er dann bei den entscheidenden Abstimmungen auf Bundesparteitagen.

Auch ohne direkte Verwirklichung dieses Zieles sieht er heute den von ihm angestrebten Ausgleich zwischen Arbeit und Kapital weitgehend verwirklicht: Die jüngst abgeschlossenen Tarifverträge mit längerer Laufzeit, die den Sozialpartnern in einer Phase schwieriger struktureller Umgestaltung langfristige Planungen ermöglichen, begrüßte und verteidigt er mit großer Emphase: »Das ist Partnerschaft!«

1972 stand Hans Katzer noch einmal im Rampenlicht der Öffentlichkeit. Er, der im gleichen Jahr an die Gewerkschaften appelliert hatte,

die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft mit einer sturen Lohn-Preis-Eskalation nicht zu gefährden, wich plötzlich von seiner zurückhaltenden, mit der Rücksicht auf finanzielle Solidität begründeten Position in der Rentenfrage ab. In den Jahren 1966-1969 wollte er Renterrücklagen bilden, um mit ihnen seine Vorstellungen von einer »Reform« in der folgenden Legislaturperiode durchzusetzen. Aufgrund dieser Planungen und der optimistischen Einschätzung, daß die Reserven der Rentenversicherung bis 1985 auf über 190 Milliarden DM anwachsen würden, trat er als sozialpolitischer Oppositionsführer in Wettstreit mit der Regierung. Er nutzte die vermeintliche Gunst der Stunde für die Opposition, die sich kurz vor dem Ziel erneuter Regierungsübernahme wähnte. Denn SPD/FDP hatten im Parlament ihre Mehrheit verloren; trotz eines attraktiven Rentenprogramms war an eine Durchsetzung ihrer Politik nicht zu denken. Katzer sah in dieser Konstellation die Chance, einen sozialpolitischen Erfolg für die CDU/CSU zu erzielen, der wegen der schwachen innenpolitischen Bilanz der SPD/FDP-Koalition möglicherweise sogar wahlentscheidend sein konnte. Trotz erheblicher Bedenken von seiten der Finanzexperten seiner Fraktion entwickelte er ein Gegenprogramm, das über den Gesetzentwurf der Regierungsparteien weit hinausging: Anhebung der Renten auf ein Mindestniveau von 45 Prozent des entsprechenden Bruttoarbeitsentgelts. Damit wurde die sozialliberale Leistungsliste ausgerechnet in ihrem vermeintlichen Stammbereich in Frage gestellt. Der parlamentarische Erfolg war Katzer bei dieser günstigen Konstellation zwar sicher – allerdings kam das weder ihm noch seiner Partei zugute. Die Regierungsparteien gewannen trotzdem die Wahl, während die auf verschiedene Ursachen zurückgehende Fehlprognose von 1972 die *heutige* Ebbe in den Rentenkassen mitverursacht hat – ein seither die Sozialpolitik schwer belastendes Thema.

Auch wenn Hans Katzer noch wichtige Funktionen in Fraktion und Partei nach 1972 bekleidete, sein Stern begann merklich zu sinken, zumal er mit seinem manchmal »hitzig aufbrausenden Temperament« (Carstens) zu keiner Zeit ein bequemer Parteifreund war: 1972 trat er für die Annahme der Ostverträge ein, enthielt sich aber aus Parteiräson bei der entscheidenden Abstimmung der Stimme; er lehnte das konstruktive Mißtrauensvotum gegen den ohne Mehrheit dastehenden Kanzler Brandt ab; er zählte 1975 zu den 15 Befürwortern des Polenabkommens usw.

Mit Vorschlägen, die ihm nicht immer Freunde eingetragen haben, ist er oft seiner Zeit voraus gewesen: So forderte er bereits 1970, lange bevor die Parteifinanzierung und der »gläserne Abgeordnete« in die Schlagzeilen gerieten, die Offenlegung der Beraterverträge von Parlamentariern. 1977 eckte er nicht nur bei Parteifreunden an, sondern zog sich auch den Unmut der Öffentlichkeit zu, als er um der Sicherung der Renten willen den Rentnern einen Zuschuß zur Krankenversicherung und den Aktiven höhere

Beiträge zur Rentenversicherung abverlangen wollte. 1978 schließlich regte er die Berufung eines Seniorenbeauftragten der Bundesregierung an, der angesichts des ständig wachsenden Anteils der älteren Mitbürger an der Gesamtbevölkerung die »Altenpolitik« koordinieren sollte.

Architekt, nicht Politiker, habe er werden wollen, ließ er einmal wissen. In seiner konsequenten ungekünstelten Art ist er aber in der Politik zu einem Architekten unseres Sozialstaats geworden – mit aufbauenden Ideen und Aktivitäten im Interesse des sozialen Ausgleichs, der Partnerschaft und des Gemeinwohls.